



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

25 Jahre Deutsche Einheit

Wiedervereinigung ist eine Erfolgsgeschichte

An diesem Wochenende feiern wir die Wiedervereinigung Deutschlands vor 25 Jahren. Eine ganze Generation ist inzwischen herangewachsen, die weder Mauer noch Stacheldraht kennengelernt hat. Ost und West sind in diesen 25 Jahren zusammengewachsen.

Im Alltag der Menschen sind Unterschiede kaum noch zu spüren – unabhängig davon, ob sie im bei uns in Baden-Württemberg oder in Mecklenburg-Vorpommern leben. Gleichwohl bleibt noch einiges zu tun, um in den ostdeutschen Ländern gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Darauf dringen wir in unserem Koalitionsantrag, den der Bundestag in dieser Woche angenommen hat. So muss die Finanzkraft der ostdeutschen Bundesländer auch über 2019 hinaus gestärkt werden. Die Verkehrsanbindungen an die Wirtschaftsräume in Ost- und Südosteuropa sollten zügig verbessert, strukturschwache Regionen gefördert werden.

Bei der Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes dürfen wir nicht nachlassen. Nur so kann verhindert werden, dass die Verbrechen verharmlost werden. In dieser Woche besuchte eine Schulklasse aus Heimsheim Berlin. Auf ihrem Programm stand auch ein Besuch des ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen, wo die DDR ihre „Staatsfeinde“ einsperrte. Es ist ungemein wichtig, dass gerade junge Menschen vor Ort erfahren, wie die Menschen in der DDR unterdrückt und drangsaliert wurden. Zur Aufarbeitung gehört es auch, ein zentrales Denkmal für die Opfer des kommunistischen Terrors zu errichten, dass es bei uns – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – noch nicht gibt. Hierfür werden

wir in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit den Opferverbänden die Weichen stellen.

Für uns Deutsche ist die Wiedervereinigung ein Glück. Dass wir es erleben durften, darauf haben viele hingearbeitet, und einige haben dafür ihr Leben geopfert. Besondere Verdienste hat sich Helmut Kohl erworben. Der „Kanzler der Einheit“ hatte es geschafft, die Vorbehalte der Siegermächte und der Nachbarstaaten gegen die Wiedervereinigung zu zerstreuen. Die CDU in Westdeutschland war die Partei, die immer an die Wiedervereinigung geglaubt hat. Zum rechten Zeitpunkt hat sie die historische Chance ergriffen.

Nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 fanden sich die Ostdeutschen allerdings nicht plötzlich im Schlaraffenland wieder. Denn die politische Freiheit und die Einheit hatten sie mit dem Verlust der wirtschaftlichen Sicherheit erkaufte. Trotz der personellen und finanziellen Hilfe aus den westdeutschen Ländern war manche Anpassung nur schwer zu verkraften. Heute sind diese Schwierigkeiten glücklicherweise Geschichte. Die ostdeutschen Länder haben einen enormen Aufholprozess hinter sich. Trotzdem können wir in unseren Bemühungen nicht stehen bleiben, denn noch immer ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern höher als in den alten. Das führt vielerorts zu Abwanderung und Verödung ganzer Ortschaften. Aber es gibt auch viel Hoffnungsvolles. Es wird oftmals vergessen, dass die DDR auch in ökologischer Hinsicht ein Sanierungsfall war. Die Beseitigung von Altlasten, gerade im Chemiedreieck oder rund um den Braunkohletagebau, war ein enormer Kraftakt. Heute sind fast fünf Prozent der Fläche der ehemaligen DDR Naturparks oder Biosphärenreservate. ■

Menschenrechtsbericht vorgelegt

In dieser Woche hat die Bundesregierung zum elften Mal den Bericht über ihre Menschenrechtspolitik vorgelegt. Der Einsatz für Menschenrechte ist in Deutschland fest verankert. Wir bekennen uns in Artikel 1 unseres Grundgesetzes dazu und müssen unsere hohen Ansprüche und Standards auch in Zukunft aufrechterhalten. In unserem Land darf niemand ausgegrenzt oder benachteiligt werden aufgrund von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Es ist ganz wichtig, diese Werte auch den vielen Flüchtlingen von Anfang an zu verdeutlichen. Denn wie unser Landesvorsitzender Thomas Strobl gestern im Bundestag sagte, werden die Gesetze in Deutschland vom Parlament und nicht vom Propheten gemacht.

Gerade angesichts der großen Flüchtlingsströme müssen wir mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen, dass in vielen Teilen der Welt Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Ein Schwerpunkt des vorgelegten Menschenrechtsberichts ist die Situation religiöser Minderheiten weltweit. Religionsfreiheit ist ein wesentlicher Gradmesser für die Menschenrechtssituation eines Landes. Vor allem die in dem Bericht thematisierte, dramatische Lage der Christen und anderer religiöser Minderheiten im Irak und in Syrien ist zutiefst erschütternd. Wir als Union müssen immer wieder auf diese inakzeptablen Zustände hinweisen. Volker Kauder ist seit Jahren im Gespräch mit den geistigen Oberhäuptern der verschiedenen Länder des Nahen Ostens. Inzwischen sind aber nicht nur Christen dort bedroht. In Syrien und dem Irak fliehen auch Muslime vor dem „Islamischen Staat“ (IS), der sich mit martialischer Gewalt ausbreitet. Wir erleben derzeit in Deutschland den Zustrom vieler Syrer, die vor diesem menschenverachtenden Treiben in ihrer Heimat fliehen. Wir können ihnen in Deutschland Sicherheit bieten. Klar ist aber auch, dass nicht alle Syrer in Deutschland bleiben werden, einige von ihnen wollen sicherlich auch eines Tages in ihre Heimat zurückkehren. Dafür müssen wir die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen. Das heißt, einerseits muss die internationale Staatengemeinschaft den IS zurückdrängen, andererseits braucht es dann sowohl in Syrien als auch im Irak eine friedliche Koexistenz der Religionen. Unser Engagement für Menschenrechte weltweit ist – vor allem vor dem Hintergrund der Flüchtlingsströme – heute wichtiger als je zuvor.

Beratungen zum Asylpaket haben begonnen

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch ein umfangreiches Gesetzespaket zur Beschleunigung der Asylverfahren, dem Abbau von Fehlanreizen und der Entlastung der Kommunen verabschiedet. Bereits einen Tag später begann der Bundestag seine Beratungen hierzu. In zwei Wochen dann abschließend darüber debattiert werden, um sehr schnell reagieren zu können. Über die Einzelheiten der vorgesehenen Maßnahmen habe ich bereits in der letzten Woche berichtet. ■

Bund gibt Startschuss für mehr Wohnungsbau

Bei den Gesprächen des Bundes und der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik hat der Bund zugesagt, Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen zu unterstützen. Hierfür stellt der Bund von 2016 bis 2019 über vier Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Das ist ein großer Schub für den Wohnungsbau, von dem besonders die Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen profitieren werden. Darüber hinaus haben Bund und Länder vereinbart, weitere Anreizinstrumente für den Wohnungsbau in Gebieten mit angespannter Wohnungslage zum Einsatz zu bringen. Hier setzen wir auf eine spürbare Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen. Ohne private Investitionen in den Wohnungsmarkt werden die derzeitigen Herausforderungen nicht zu bewältigen sein. Mit dem neuen Programm wird der Wohnungsbau generell angegangen und nicht nur ein Sonderprogramm für die Unterbringung von Flüchtlingen aufgelegt. ■

Tierversuche weiter reduzieren

Heute wurde das Deutsche Zentrum zum Schutz von Versuchstieren eröffnet worden. Der Schutz von Versuchstieren ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Thema, das auch in allen gesellschaftlichen Bereichen unseres Landes auf großes Interesse stößt. Das neue Zentrum ist ein weiterer Schritt für mehr Tierschutz in Deutschland. Das Zentrum soll weiter daran arbeiten, Tierversuche durch den Einsatz von Ersatzmethoden zu vermeiden, die Anzahl an Versuchstieren zu verringern und das Leiden der Tiere zu mindern. ■